

Von Petra Tempfer

Seit etwa einem halben Jahr hat Nicole Suizidgedanken. Sie ist 13 Jahre alt, hat einen Suizidversuch hinter sich und wollte, als sich ihre Situation angesichts des nahenden Schulbeginns verschlechterte, endlich Hilfe suchen. Als Akutfall eingestuft, wurde sie zur Krisenintervention in die Kinder- und Jugendpsychiatrie aufgenommen. Allerdings nur für zwei Tage. Dann wurde sie entlassen mit dem Hinweis, sich in stationäre Behandlung zu begeben, um einen Therapieplan ausarbeiten zu lassen. Allein: Für einen stationären Aufenthalt gibt es sechs bis neun Monate Wartezeit. Als Überbrückung könne man sich ja im niedergelassenen Bereich behandeln lassen, hieß es. Wartezeit: drei Monate. Dann eben eine kassenfinanzierte Psychotherapie. Die Wartezeit liegt hier ebenfalls bei sechs bis neun Monaten.

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sei gerade jetzt, im zweiten Jahr der Pandemie, besonders gefährdet, hieß es am Mittwoch bei einem gemeinsamen Pressegespräch der Österreichischen Gesellschaft für Psychotherapie, der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit und der Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, bei dem auch die eingangs erwähnte Betroffene zitiert wurde. Die Versorgung sei jedoch extrem mangelhaft. Die Situation spitze sich immer mehr zu, sagte Barbara Haid, Präsidentin des Österreichischen Bundesverbands für Psychotherapie. Jeder zweite Jugendliche in Österreich leide an depressiven Symptomen, und jeder sechste habe Gedanken, nicht mehr leben zu wollen.

Weit hinter WHO-Vorgaben

Die Anzahl der Mädchen, die bei einer Umfrage innerhalb der vergangenen zwei Wochen Suizidgedanken hatten, erhöhte sich von 20 Prozent im Herbst 2021 auf 47 Prozent im Frühjahr 2022, sagte Haid. Genauso viele hätten damals angegeben, dass sie professionelle Unterstützung bräuchten. Besonders deutlich hat sich die Situation laut Haid in Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status, mit Migrationshintergrund oder beengten Wohnverhältnissen verschlechtert.

Demgegenüber stehen die blanken Zahlen: Der Versorgungsgrad

der Kinder und Jugendlichen hinsichtlich Psychotherapie sollte laut der Weltgesundheitsorganisation WHO fünf Prozent betragen – in Österreich sei es ein Prozent, so Haid. Anders ausgedrückt: Für 17.000 Kinder und Jugendliche gebe es psychotherapeutische Behandlungsmöglichkeiten, nur die Hälfte von diesen sei kassenfinanziert. Insgesamt müsste es aber Möglichkeiten für fünfmal so viele, also für 86.000 Kinder und Jugendliche, geben. Auf die psychiatrische, stationäre Betreuung entfallen 400 Plätze, ergänzte Kath-

rin Sevecke, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Es müssten jedoch doppelt so viele sein, um den Bedarf zu decken.

Eigenes Schulfach schaffen

Was die Schule betrifft, so kämen auf eine Schulpsychologin aktuell 1.677 Schüler, die diese betreut, sagte Mira Lobnig, Mitinitiatorin der Jugend-Mental-Health-Initiative „Gut, und selbst?“. Insgesamt stünden den 1,1 Millionen Schülern nur 181 Schulpsychologen gegenüber.

Zentrale Forderungen der Gesellschaft für Psychotherapie gemeinsam mit der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit und der Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie sind daher, ein eigenes Schulfach für die psychische Gesundheit zu schaffen und vor allem ehestmöglich das Schulgesundheitspersonal aufzustocken. Neben Schulärzten und -psychologen sollten an jeder Schule Psychotherapeuten, Sozialarbeiter und mehr Vertrauenslehrer tätig sein. Gleichzeitig solle die Fortbildung für Lehrer in die-

sem Gebiet forciert und dieses auch gleich in die Ausbildung integriert werden.

Es gibt zwar das Pilotprojekt „fit4SCHOOL-psychotherapeutische Beratung in der Schule“, dieses wird jedoch nicht von der öffentlichen Hand, sondern teils vom Elternverein, teils von den Schulen selbst bezahlt. Die Politik hat angesichts des sich seit längerer Zeit abzeichnenden Versorgungsmanagements allerdings auch schon mehrmals reagiert. So wurde die Anzahl der Schulpsychologinnen in der Vergangenheit verdoppelt, und unterschiedliche Projekte wie „Gesund aus der Krise“ wurden gestartet. Für Letzteres stellte das Ministerium im Zuge der Covid-19-Pandemie 2021 rund zwölf Millionen Euro zur Verfügung, um niederschwellige, kostenlose psychische oder therapeutische Unterstützung bieten zu können.

Als Abwicklungsstelle tritt der Berufsverband Österreichischer Psychologinnen und Psychologen in enger Kooperation mit dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie auf. Etwa 5.000 Kinder und Jugendliche nehmen diese Form der Unterstützung laut Haid derzeit in Anspruch. Weiters soll es über die Gesundheitskasse bis 2023 300.000 zusätzliche Psychotherapiestunden geben.

Psychotherapeuten gäbe es

Das alles sei jedoch wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, so Haid. Aus einmaligen Hilfen müssten regelmäßige werden, und Pilotprojekte müssten in den Regalarbeit übernommen werden. Vor allem sei die Schule gerade jener Ort, an dem man präventiv tätig werden und psychische Probleme rechtzeitig erkennen könnte. Langfristig ließe sich damit auch das Gesundheitssystem entlasten.

Und woher soll man das Personal für den geforderten Mehrbedarf nehmen – an Schulen ist ja derzeit zum Beispiel der Lehrermangel großes Thema? „Psychotherapeutinnen und -therapeuten für Kinder und Jugendliche gäbe es jedenfalls genug“, sagte dazu Haid. Man müsste lediglich die bestehenden Modelle erweitern. ■

Hilfe für Kinder und Jugendliche:
Rat auf Draht: 147
www.suizid-praevention.at
Infos für Jugendliche gibt es unter
www.bittelebe.at
www.gesundheit.gv.at/leben/

Hilfe, bevor es zu spät ist



Auf eine Schulpsychologin kommen aktuell 1.677 Schüler, die diese betreut.

Foto: stock.adobe.com / VectorBum

Bis sie zu einem Psychotherapeuten oder Psychiater kommen, müssen Kinder und Jugendliche derzeit monatelang warten.

Covid-19-Auffrischungsimpfung für alle ab 12 Jahren empfohlen

Das Nationale Impfgremium erweitert die Corona-Impfempfehlungen. Für Kinder ab 5 Jahren bleibt es bei der Grundimmunisierung.

Von Martina Madner

Es sind zwei Dinge, die Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) und Herwig Kollaritsch, Mitglied des Nationalen Impfgremiums, der Bevölkerung ab 12 Jahren mit auf den Weg geben wollen: Das Wichtigste sei es, „Altlasten aufzuarbeiten“, sagt Kollaritsch – also, dass sich jene, die entweder noch keine dritte oder überhaupt keine Impfung gegen Covid-19 erhalten haben, nun für eine Grundimmunisierung impfen lassen. Auch Kinder zwischen 5 und 11 Jahren sollten „spätestens zu Schulbeginn“ eine dritte Impfung erhalten haben.

Und für Personen im Alter zwischen 12 und 60 Jahren gibt es nun die Empfehlung des Impfgremiums, sich spätestens sechs Monate nach der dritten Impfung auch eine vierte zu holen, „weil

Covid nicht verschwinden wird“, sagt Rauch. Und vor allem: „Weil die Impfung zwar bei den aktuellen Varianten nicht mehr so gut gegen Ansteckung wirkt, aber sehr, sehr gut gegen schwere Verläufe.“ Für über 60-Jährige empfiehlt das NIG jeweils vier Monate zwischen den Stichen. Für beide Altersgruppen übrigens unabhängig davon, ob man zusätzlich eine Sars-CoV-2-Infektion hatte.

FFP2-Masken-Empfehlung bei vielen Kontakten

Covid-19 sei seit Pandemiebeginn zwar nicht zur leichten Grippe geworden, sagt Rauch und erinnerte an die 20.000 Personen, die daran verstorben sind. Trotz 53.200 akut Sars-CoV-2-Infizierter sind aktuell aber nur 1.100 Personen mit oder wegen Covid-19 im Spital, zumeist auf Normalstationen. Das Covid-Prognose-Konsortium

geht in der kommenden Woche von weiteren „tendenziellen Rückgängen“ des Spitalsbelags auf 966 Betten aus. Intensivstationen sind derzeit nicht durch die Pandemie zusätzlich belastet.

Und die Neuinfektionszahlen sinken im Moment auch: In den vergangenen sieben Tagen haben sich täglich durchschnittlich 372 von 100.000 Personen neu infiziert. Vor gut einem Monat, am 20. Juli, lag die Sieben-Tages-Inzidenz noch bei 950. Und diese Werte spiegeln sich auch bei Abwassermessungen wider.

„Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, dass wir auf diesem Niveau bleiben werden“, sagt Rauch mit Blick auf den Herbst. Mit wieder mehr Kontakten nach den Sommerurlaube und dem Schulbeginn werden die Infektionen wieder steigen. Im Moment empfehle er, in öffentlichen Ver-

kehrsmitteln zu Stoßzeiten auch außerhalb von Wien eine FFP2-Maske zu tragen „oder auch in Supermärkten“.

Zusätzliche Schutzmaßnahmen seien dem Variantenmaßnahmenplan gemäß nicht notwendig. Die Lage sei stabil, für den Herbst sei laut Rauch „nichts ausgeschlossen“ – bis auf eines: „Es ist nicht daran gedacht, die Impfpflicht wieder einzuführen.“ Die Impfbereitschaft sei mit 45.000 Sars-CoV-2-Impfungen in der vergangenen Woche und 500.000, die vier Mal eine Impfung erhalten haben, außerdem „beachtlich“.

Vierte Impfung unabhängig von Genesungen

Für die Grundimmunisierung wird nun in laufend mehr Bundesländern auch der Totimpfstoff Valneva angeboten, seit Mittwoch nun auch in Salzburg. Er ist aber nicht für die

Auffrischungen, sondern nur für die ersten beiden Stiche von 18- bis 50-Jährigen zugelassen. Kollaritsch rät außerdem dazu, nicht die Zulassung neuer Variantenimpfstoffe abzuwarten, „sondern jetzt zur Impfung zu gehen, weil Variantenimpfstoffe keine wesentliche Verbesserung bringen“. Ein Wechsel des Impfstoffes sei möglich, „Auffrischungen mit Moderna sind etwas besser wirksam, aber auch etwas reaktogener“, Impfreaktionen also etwas wahrscheinlicher. Damit sind im Übrigen nicht Impfschäden gemeint. Davon wurden bei 19 Millionen Impfungen und 1.400 Anträgen nach dem Impfschadengesetz bislang sieben bestätigt.

Zwar sei ein Abstand von bis zu sechs Monaten für die vierte Impfung nach einer Genesung möglich, sagt Kollaritsch, aber: „Genesungen spielen für die Auffrischungsimpfung keine Rolle mehr.“ ■